

7. VII. 1917

165

Auswärtige und Ernährungsfragen.

Aus dem Hauptausschuß des Reichstags.

Im weiteren Verlaufe der gestrigen Verhandlungen des Hauptausschusses erklärte ein Vertreter des Kriegsministeriums, daß sich die Regierung ihrer Verpflichtungen gegenüber den Kriegsbeschädigten voll bewußt sei. Sie wisse, daß sie durch gesetzliche Maßnahmen in ausreichender Weise für die Kriegsbeschädigten zu sorgen habe, und die privaten Spenden seien auf die gesetzliche Entschädigungspflicht ohne jeden Einfluß.

Auf eine Anfrage aus der Mitte des Ausschusses antwortete Staatssekretär Dr. Zimmermann, die Meldung, die deutsche Botschafter sei auf einer Eisenbahnsahrt von Wien nach Budapest bestohlen worden, sei unrichtig. Im übrigen gab der Staatssekretär Aufschluß über verschiedene Fragen auf dem Gebiet der auswärtigen Politik, vor allem über die Vorgänge in China.

Ein Mitglied des Zentrums nannte das Abschlagen von reichlich Milch gebenden Kühen unerhört und verlangte Maßnahmen gegen eine Wiederholung dieser Vorkommnisse. Die öffentliche Bewirtschaftung von Gemüsen sei sehr wohl möglich. Die Preissteigerungen im Handel seien so unerhört, daß irgend etwas nicht in Ordnung zu sein scheine. In Bayern sei die Sache durch Mitwirkung der Gemeinden und der Handelskreise ordnungsmäßig geregelt. Die Gemüseversorgung Berlins sei völlig ungenügend. So kosteten z. B. Rettiche, die in bayerischen Städten für kaum 5 Pf. verkauft würden, in Berlin 50 bis 80 Pf., und Kürbisse seien selbst bei einem Preis von 1,50 M. für das Pfund nur in geringer Menge zu haben. Da müsse doch etwas an der Organisation mangelhaft sein. Warum gibt es keinen Höchstpreis für Marmelade? Es wird noch lange nicht energisch genug zugegriffen. Die Schweinehaltung muß gefördert werden, denn sie ist eine der Grundlagen für die Versorgung des Volkes mit Fett. Im übrigen bespricht der Redner Einzelfragen der auswärtigen Politik, ferner die Polenfrage und fordert, daß dem religiösen Moment in der Behandlung der polnischen Bevölkerung mehr Beachtung geschenkt werde. Der Redner schließt mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß wir mit Hilfe des U-Boot-Krieges in absehbarer Zeit zu einem Frieden kommen werden. Er fragt schließlich nach den Vorarbeiten für den Ausbau der deutschen Handelschiffahrt.

Staatssekretär Dr. Zimmermann erwiderte dem Redner ausführlich und sprach insbesondere über das Verhältnis zwischen Japan und Amerika.

Präsident des Kriegsernährungsamtes von Batocki ging auf die Marmeladenherstellung ein. Die Mischung mit Rohrüben habe sich nicht bewährt. Unmöglich sei es, Obst in ausreichenden Mengen aus Süddeutschland nach Berlin zu schaffen. Ein Bedarfgebiet sei immer schwieriger zu bewirtschaften als ein Ueberflußgebiet. Die Zahl der Schweine sei schon heute eher zu hoch. Wir müssen uns nach dem Futtermittelbestand richten. Brot ist wichtiger als Fett, und die Fettnappheit muß ertragen werden. Bei knapper Kartoffelernte muß der Viehstapel noch weiter verringert werden. Das Kriegsernährungsamt muß einen klaren Weg gehen, auch wenn viele Leute in diesen Dingen eine ganz abweichende Meinung haben.

Ein Zentrumsabgeordneter sprach hierauf eingehend über die Lage im Innern, über den U-Boot-Krieg und die Friedensmöglichkeiten. Seine Ausführungen wurden für vertraulich erklärt, ebenso die Erwidierungen, die die Staatssekretäre des Innern und des Auswärtigen ihm zuteil werden ließen.

Hierauf vertagte sich der Ausschuß auf Sonnabend vormittag. Um ihm Zeit für seine Arbeiten zu geben, soll die Plenarsitzung am Sonnabend und nötigenfalls auch noch am Montag ausfallen.